# Internet-Anbieter laufen Sturm

## Bund will Kosten zur Überwachung des Datenverkehrs auf die Provider abwälzen

SVEN MILLISCHER

Nächsten Monat läuft die Vernehmlassungsfrist zur Gesetzesrevision aus, welche die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs regelt. Darin sieht der Bundesrat vor, dass künftig die Internet-Provider vollumfänglich für die Kosten zur Überwachung des Datenverkehrs aufkommen müssen. Diese belaufen sich in den letzten Jahren im Durchschnitt auf jährlich rund 9 Millionen Franken.

Bislang müssen die Anbieter relevante Daten wie IP-Adressen bloss aufbewahren, und zwar sechs Monate lang. Im Verdachtsfall und auf Antrag der Strafverfolgungsbehörden hin schreitet das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) schliesslich ein und führt die eigentliche Echtzeit-Überwachung des Datenverkehrs durch. Und zwar, indem sie beim Internet-Provider eine Blackbox zur Datenaufzeichnung installiert. Künftig nun sollen die Anbieter diese Überwachung selber vornehmen. Damit stehen den Internet-Providern happige Investitionen ins Haus, die insbesondre kleinere Anbieter schmerzen.

Alexis Caceda ist Geschäftsführer bei Netstream, einem KMU mit 40 Angestellten. Er rechnet mit zusätzlichen Kosten von mehreren hunderttausend Franken. «Alleine die Blackbox kostet uns 100 000 Franken», sagt Caceda. Hinzu komme der Personalaufwand: «Da werden voraussichtlich zwei bis drei Angestellte mehrere Monate mit dem Aufbau einer solchen Schnittstelle beschäftigt sein.»

Und dies vor dem Hintergrund, dass die Blackbox die meiste Zeit wohl einfach ins Leere laufen würde. Das EJPD habe bei Netstream bisher noch nie eine solche Echtzeit-Überwachung angeordnet, sagt Caceda. «Eine eigene «Abhöranlage» im Haus macht deshalb für kleinere Anbieter schlicht keinen Sinn.»

### Kampf gegen Gesetzesrevision

Auch FDP-Nationalrat Ruedi Noser, der den Branchenverband ICT Switzerland präsidiert, ist gegen die Gesetzesrevision: «Wer die Überwachung anordnet, der soll auch dafür zahlen.» Die Aufgabe der Internet-Provider sei es lediglich, die technischen Schnittstellen zur Verfügung zu stellen. Auch bemängelt Noser, dass nach wie vor die Spezifikationen fehlen würden, was die Provider künftig denn zu überwachen hätten: «Wir müssen hier klar eingrenzen, welche Verbindungsdaten zu speichern sind.»

Gleichzeitig sieht Branchenvertreter Noser die Verwaltung in einer fragwürdigen Doppelrolle: «Jene, welche die Spezifikationen zur Überwachung erlassen, ordnen diese gleichzeitig an.» Der FDP-Nationalrat wird die Gesetzesrevision deshalb im Parlament bekämpfen. Gegen die Vorlage spricht sich auch Franz Grüter, Chef beim IT-Dienstleister green.ch, aus. Das Internet sei mit dem öffentlichen Raum vergleichbar, und der werde schliesslich auch vom Staat überwacht. Zugleich sieht er technische Hürden: Mit einem Datenvolumen, das jährlich um 40 Prozent wächst, sei die Auswertung enorm aufwändig und teuer.

Beim EJPD beruft man sich derweil auf die «Editionspflicht». Dass also beispielsweise Banken auch nicht vom Staat dafür entschädigt würden, dass sie bei einer Strafuntersuchung Kontodaten aushändigen. Auch müssten Provider ein Interesse daran haben, «dass über sie keine Straftaten begangen werden». Ein Interesse, das die Anbieter möglicherweise teuer zu stehen kommt.

# Nationalbank mit Milliarden-Verlust

## Auf ihren Euros muss die SNB 14 Milliarden abschreiben

Die Euro-Krise reisst ein Loch in die Rechnung der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Ihre massiv erhöhten Devisenanlagen – sie kaufte im ersten Halbjahr Euro für 105 Milliarden Franken – sorgten für Kursverluste von über 14 Milliarden (siehe dazu auch Kolumne rechts). Per Mitte Jahr beliefen sich die Euro-Devisenanlagen der SNB auf umgerechnet 160 Milliarden Franken.

Unter dem Strich steht ein Halbjahresverlust von rund 4 Milliarden Franken, wie die SNB am Mittwoch mitteilte. Zum Teil aufgefangen wurden die Euro-Kursverluste durch Erträge bei anderen Fremdwährungen wie dem Yen sowie den starken Anstieg des Goldpreises, was die Goldbestände der Nationalbank aufwertete. Zudem werde der Stabilisierungsfonds, in den die Grossbank UBS illiquide Wertpapiere entsorgen konnte, einen Gewinn abliefern. Dieser ist in der Verlustprognose noch nicht eingerechnet. Den vollständigen Halbjahresbericht wird die SNB am 13. August veröffentlichen.

Trotz Milliardenverlust im 1. Semester sei die jährliche Gewinnausschüttung der SNB von 2,5 Milliarden Franken an Bund und Kantone nicht gefährdet. Die Gewinnausschüttungsreserven seien mehr als ausreichend, sagte SNB-Sprecher Werner Abegg. (SDA)

KEYSTONE/ALI ABBAS

## Fällt der Strom aus, hilft in Bagdad nur der Eisblock

**Wer glaubt, bei uns sei es in den letzten Tagen unerträglich heiss gewesen, der lese zur geistigen Abkühlung den Wetterbericht für die irakische Hauptstadt Bagdad. Dort wirds in den kommenden zwei Wochen jeden Tag 45 Grad heiss – und mehr! In dieser Gluthitze sind Klimaanlagen und Kühlschränke unverzichtbar. Das Problem im kriegsversehrten Land: Die Stromversorgung ist notorisch unzuverlässig. Deshalb müssen sich die Iraker mit Eisblöcken behelfen. So können sie wenigstens ihre Getränke kühlen.** (MZ)

# Roche zittert vor den US-Behörden

## Dem Krebs-Blockbuster Avastin des Basler Pharma-Riesen drohen massive Umsatzeinbussen

**Weil das Roche-Medikament Avastin bei Brustkrebs zu wenig nütze, könnte ihm in den USA die Zulassung entzogen werden. Roche droht der Verlust von bis zu 1 Milliarde Umsatz. Immerhin: Die Basler haben bereits Ersatz im Köcher.**

MARCEL SPEISER

6,2 Milliarden Franken setzte Roche letztes Jahr mit Avastin um – so viel wie mit keinem anderen Medikament. Eingesetzt wird das Mittel gegen Krebs im Darm, in der Lunge, im Gehirn und in der Niere.

In Kombination mit einer Chemotherapie wird Avastin seit gut 2 Jahren in den USA auch bei Brustkrebs verwendet. Allerdings nur dank einer vorläufigen Zulassung.

### Zu schlimme Nebenwirkungen

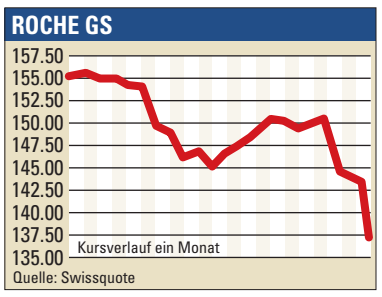
Genau diese ist nun hochgradig gefährdet. Denn in der Nacht auf Mittwoch hat ein Berater-Ausschuss der US-Zulassungsbehörde FDA empfohlen, Avastin die vorläufige Zulassung für die Brustkrebs-Indikation zu entziehen. Der Ausschuss stimmte mit 12 zu 1 für den Entzug. Weil zu schlimme Nebenwirkungen einem zu geringen Nutzen gegenüberstünden.

Für Roche und seine US-Tochter Genentech, die Avastin entwickelt hat, ist die Empfehlung der FDA-Berater ein Schock. Zwar hat die FDA selbst das letzte Wort. Allerdings folgt die Arzneimittelbehörde in aller Regel ihren Expertengremien. Zumal dann, wenn die Berater ein so klares Verdikt fällen. Der endgültige FDA-Entscheid wird für Mitte September erwartet.

### 7 Milliarden verpufft

Es steht viel auf dem Spiel. Analysten schätzen, dass Roche rund 1 Milliarde Franken Umsatz verlieren werde, sollte die Zulassung für die Brustkrebs-Therapie tatsächlich widerrufen werden. Zudem könnten andere Länder dem US-Beispiel folgen, was zu weiteren Umsatzeinbussen führen würde.

Diese Risiken lassen die Roche-Investoren derzeit zittern. In der letzten Woche hat der Roche-Genussschein an der Börse 8,6 Prozent verloren. Knapp 7 Milliarden Franken Börsenwert haben sich in Luft aufgelöst. Allein gestern Mittwoch hat der Genussschein über 4 Prozent eingebüsst (siehe Grafik).




Bis zur Empfehlung der FDA-Experten galt Avastin als eigentliches «Wundermittel». Als weltweit erstes Medikament überhaupt blockiert es die Blutzufuhr zu den Krebstumoren und trocknet diese quasi aus. Eine Behandlung kostet rund 100 000 Franken pro Jahr.

In der Aufregung rund um Avastin geht völlig unter, dass Roche bereits ein neues «Wundermittel» gegen Brustkrebs in der Pipeline hat. Es ist eine Weiterentwicklung des hauseigenen Krebsmittels Herceptin und hört auf den kryptischen Namen «Trastuzumab-DM1» oder einfacher «T-DM1». Laut Experten hat das Mittel das Potenzial, die Umsatzeinbussen bei Avastin zu kompensieren. Anfang Juli hat Roche bei der FDA ein Zulassungsgesuch eingereicht.

### Trojanisches Pferd gegen Krebs

Wie schon Avastin funktioniert auch «T-DM1» auf eine ganz neuartige Weise – als so genannt bewaffneter Antikörper. Wie bei einem trojanischen Pferd transportiert das Medikament einen chemotherapeutischen Wirkstoff unbemerkt direkt in die Krebszellen, wo er aus seiner Deckung kommt und besonders gezielt wirken kann. Im Gegensatz zur herkömmlichen Chemotherapie werden gesunde Zellen nicht in Mitleidenschaft gezogen. Entsprechend sollen auch die Nebenwirkungen kleiner sein.

Roche hofft, dass «T-DM1» noch dieses Jahr für Brustkrebspatientinnen zur Verfügung stehen wird. Dem Medikament wird zugetraut, Umsätze von über 2 Milliarden zu generieren.

## Gisler

### *Ein gewagtes Spiel*

Das hat es in der neueren Geschichte der Nationalbank noch nie gegeben: Die Währungshüterin veröffentlicht eine Gewinnwarnung. Sie tut das aus gutem Grund: Die Kritik an ihrer Geldpolitik hat massiv zugenommen. Sie richtet sich gegen die Euro-Stützungskäufe, die nun prompt jene Verluste gebracht haben, vor der viele gewarnt haben. Alleine 14 Milliarden mit dem Euro zu verspekulieren, ist schon ein starkes Stück. Schon in früheren Phasen, als für die Schweiz noch der Dollar die absolute Leitwährung war, hatte die Nationalbank hin und wieder versucht, Kursausschläge zu glätten. Immer wieder hatten frühere Nationalbankchefs selber darauf hingewiesen, dass sich weder die Notenbanken gemeinsam, geschweige denn eine einzelne wie die schweizerische gegen den Markttrend stemmen könnten.

Dennoch hat die SNB in diesem Frühling in noch nie da gewesenem Ausmass Euro gegen Franken gekauft. Sie tat dies im Glauben, Arbeitsplätze der Exportindustrie sichern zu müssen. Doch dieser geht es plötzlich blendend, just wegen des tiefen Euros. Namentlich die deutsche Wirtschaft boomt dank der tiefen Währung, was zu Anschlussaufträgen in der Schweizer Wirtschaft führt. Diverse Branchen verzeichnen plötzlich wieder Auftragseingänge wie in der Hochkonjunktur. Und Asien boomt sowieso.

Doch die Eurokäufe führten zu einer ganzen Reihe von neuen Ungleichgewichten. Plötzlich schwimmen im Ausland Milliarden von Franken, die irgendwann wieder abgesogen werden müssen. Das wird dann den Euro drücken und den Franken stärken, auf jeden Fall neue Kursauschläge bewirken. Die Wirtschaft aber wünscht sich eine möglichst berechenbare Währung. Die Geldschwemme kann zu Inflation führen, welche die Notenbank mit hohen Zinsen bekämpfen muss.

Natürlich kann die Nationalbank die Verluste verkraften, zumal der Zufall wollte, dass das Gold teurer wurde und damit die Goldbestände an Wert zulegten, was einen grossen Teil der Euroverluste kompensierte. Und als besondere Pointe verdiente die Nationalbank an den Subprimes, welche die UBS notfallmässig an die Nationalbank auslagern musste. Doch was, wenn der Euro weiter fällt, etwa auf Fr. 1.20, wie das verschiedene Ökonomen in ihre Szenarien eingebaut haben? Was, wenn das Gold wieder taucht und der Dollar dazu? Die Nationalbank ist unnötig grosse Risiken eingegangen.

## Nachrichten

### Julius Bär vermehrt Kundenvermögen

Die Privatbank Julius Bär hat im ersten Halbjahr 2010 die Kundenvermögen um 8 Prozent auf 166 Mrd. Fr. vermehrt. Das Plus verdankt sie dem Kauf des Schweizer Privatkundengeschäfts des niederländischen Finanzriesen ING. Den Reingewinn hat Julius Bär gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent auf 261 Mio. Fr. gesteigert. (SDA)

### Apple **Riesengewinn dank Tablet-PC und iPhone**

Der US-Computerbauer Apple hat seinen Gewinn dank seinem Tablet-PC iPad und iPhone massiv gesteigert. Der Konzern verdiente im 2. Quartal 3,25 Mrd. Dollar, 78 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. (SDA)

### BP **Ölkonzern beginnt mit Verkauf seines Tafelsilbers**

Für 7 Mrd. Dollar hat BP Öl- und Gasfelder in Texas, New Mexiko, Kanada und der ägyptischen Wüste verkauft. So sammelt BP Geld für die Schäden der Ölpest. (DPA)